

An  
Ver.di-Bundesvorstand  
Ver.di-Tarifsekretariat  
Bundestarifkommission  
Lenkungsgruppe

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir lehnen die bisherigen Zugeständnisse in der Prozessvereinbarung ab. Wir sind gegen jede Verschlechterung bei den bisherigen Tarifen. Tarifliche Öffnungsklauseln mit dem Ziel der Schaffung eines Niedriglohnsektors und eine Absenkung des Lohn auf bis zu 1.286 €/Monat (7,68 €/Std) betrachten wir als einen Skandal. Dadurch wird Privatisierung und Outsourcing nicht verhindert, sondern letztlich noch attraktiver gemacht.

Wir lehnen leistungsabhängige Lohnbestandteile ab, weil sie für die Masse der Beschäftigten zu Lohnabsenkungen führen, den Leistungsdruck weiter erhöhen, das Arbeitsklima verschlechtern und die Belegschaften spalten.

Wir können nicht nachvollziehen, wie Frank Bsirske die Entscheidung des Kommunalen Arbeitgeberverbands (VKA) vom 29.09.04 als ein „gutes Signal“ werten kann. In dem Beschluss des VKA heißt es nämlich, dass die „wöchentliche Arbeitszeit spätestens in der Lohn- und Vergütungsrunde 2005 geregelt wird“. Das kann nichts anderes heißen, als dass die bereits bei den BeamtInnen und Tarifbeschäftigten der Länder durchgesetzten Arbeitszeitverlängerungen auf die Beschäftigten bei den Kommunen übertragen werden sollen.

Des weiteren verlangt der VKA dass ver.di die Gehaltstarifverträge nicht kündigt, d.h. keine Lohnforderung stellt. Nach dem Niedrigabschluss von 2003, nach Jahren von weiterem kräftigen Reallohnverlust hielten wir es für völlig inakzeptabel, wenn sich die Gremien von ver.di darauf einlassen.

Der VKA hat am 29.09. auch erklärt, dass er durch die Tarifreform „Kostenvorteile“ erzielen will. Auch in früheren Stellungnahmen hat sich der VKA von der in der Tarifvereinbarung festgelegten Kostenneutralität verabschiedet.

Der Beschluss des VKA ist eine erneute Kampfansage an die Beschäftigten im öffentlich Dienst: unbezahlte Arbeitszeitverlängerung, Kostensenkung durch Prozessvereinbarung, Nullrunde in der Tarifrunde 2005.

Tagtäglich erleben wir, wie die kommunalen Arbeitgeber Stellen vernichten und übertarifliche und tarifliche Standards aushebeln. Die verschärften Zumutbarkeitsregelungen und Zwangsarbeit für einen Euro in der Stunde für Arbeitslose werden gerade von den Kommunen genutzt, um den Druck auf die Tarife massiv zu erhöhen. Während einerseits in den kommunalen Betrieben Einstellungsstops verhängt werden, werden reguläre Stellen durch 1-Euro-Stellen ersetzt.

Die Kampfansage des VKA und der bereits vollzogene Angriff auf die BeamtInnen und Tarifbeschäftigten bei den Ländern müssen endlich dazu führen, dass ver.di gemeinsame bundesweite Kampfmaßnahmen von bei Bund, Ländern und Kommunen vorbereitet und die BeamtInnen mit einbezieht. Ebenfalls einbezogen werden muss der indirekte öffentliche

Dienst, in dem bereits Angriffe auf bestehende Tarife durchgeführt wurden bzw. die Tarifverträge durch die Arbeitgeber gekündigt wurden (AWO, Sozialversicherungen, Bundesagentur für Arbeit usw.).

Wir fordern die Tarifkommission bei ihrer Sitzung am 16.12.04 auf die Kündigung der Gehalts- und Arbeitszeittarifverträge bei den Kommunen und bundesweite Kampfmaßnahmen zu beschließen. Allein um die Angriffe auf die BeamtInnen und Tarifbeschäftigten der Länder zurückzuschlagen und als weitere Bedrohung (Stichwort Gerechtigkeitslücke) für alle anderen Beschäftigten auszuschalten ist eine bundesweit einheitliche Tarifbewegung und die Durchsetzung folgender Forderungen notwendig:

- Rücknahme aller gegen BeamtInnen und Landesbeschäftigten durchgeführten Maßnahmen (Arbeitszeitverlängerung, Kürzung bzw. Streichung Weihnachts- und Urlaubsgeld)
- 100 Prozent Weihnachtsgeld für alle, voller Erhalt des Urlaubsgeldes
- Gehaltsauszahlung am 15. jeden Monats
- Kein Abschluss von Sparten- oder anderen Absenkungstarifverträgen
- Sofortiger Abbruch der Verhandlungen zur „Modernisierung des Tarifrechts / Prozessvereinbarung“

Steigende Lebenshaltungskosten, die Reallohnverluste der letzten Jahre, Lohndumping und steigende Arbeitslosigkeit machen es erforderlich in der Tarifrunde 2005 für folgende Forderungen zu kämpfen:

- 250 Euro Festgeld, d.h. 250 Euro mehr im Monat für alle
- Mindestlohn von 2000 Euro brutto, das heißt Anhebung aller unteren Lohngruppen auf dieses Niveau
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als Schritt in Richtung 30-Stunden-Woche
- Abschaffung aller Ost-Tarife und Schaffung einer Tarifeinheit für das gesamte Bundesgebiet
- Ausbildungsquote von zehn Prozent und unbefristete Übernahme in den erlernten Beruf